

## Faktencheck zur Begründung der Bundesregierung zum Gesetzentwurf Wolf

**Die dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bundesjagdgesetzes und zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes<sup>1</sup> vorangestellte Begründung der Bundesregierung ist in vielen Punkten nicht nachgewiesen, unsachlich, irreführend und suggestiv. Die angeführten Begründungen für die Bejagung von Wölfen können weder eine Erforderlichkeit noch eine Eignung der Tötung von Wölfen begründen und entbehren damit jeglichen vernünftigen Grundes.**

**Zitat:** „Mit zunehmender Ausbreitung des Wolfs steigt allerdings auch das Konfliktpotential in Bezug auf die Bevölkerung sowie in Bezug auf die Weidetierhaltung.“

**Diese Aussage kann für Deutschland bisher nicht belegt werden, Begründung:**

In Bezug auf die **Bevölkerung** gibt es sachlich betrachtet – entgegen der im Referentenentwurf geäußerten Meinung – kein steigendes Konfliktpotential durch Wölfe. Das zeigt eindeutig die Entwicklung in den Bundesländern mit der derzeit höchsten Wolfsdichte.

In **Niedersachsen** gab es lediglich 2015 einen bestätigten kritischen Fall, wo sich der Wolf „Kurti“ (MT 6) wiederholt Menschen auf kurze Distanzen genähert hat. Dieser Wolf wurde 2016 legal erschossen. In **Brandenburg**, dem Bundesland mit der höchsten Wolfsdichte kommt es am häufigsten zu Sichtungen in oder nahe bei Ortschaften, ohne dass es bisher zu nennenswerten Mensch-Tier-Konflikten gekommen ist. In **Sachsen** gab es einzelne Berichte zu distanzlosen Wölfen. Seit dem 23. Januar 2026 gibt es eine Abschussgenehmigung für den Hornisgrinden-Wolf (GW2672m) in **Baden-Württemberg**, der sich während der Paarungszeit wiederholt Menschen mit Hund genähert und wohl auch eine Weile verfolgt hat, ohne dass es aber zu Konflikten kam. Mit wenigen Ausnahmen handelte es sich in der Regel bei diesen Wölfen um neugierige Jungwölfe, von denen – solange man sich richtig verhält – keine Gefahr ausgeht.

Sinnvoller als in diesem Zusammenhang über eine generelle Bejagung nachzudenken wären effektive Informationskampagnen, die die Bevölkerung über das korrekte Verhalten im Fall von Wolfsbegegnungen informieren. Das hat die Bundesregierung bis dato weitgehend der Presse überlassen. Bisher sind auch im Rahmen der Jagd in Wolfsgebieten nur etwa zwei, drei Jagdhunde ums Leben gekommen. Letzteres Thema ist

---

<sup>1</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 21/3546 vom 12.01.2026

hinsichtlich des Konfliktpotentials eher zu vernachlässigen. Es wird allerdings von den Jagdverbänden, die ein hohes Interesse an Wolfsjagd haben, aufgebauscht.

Die Aussage, dass es in Bezug auf die Bevölkerung mit zunehmender Ausbreitung des Wolfes ein höheres **Konfliktpotential** gebe, kann **nicht durch Fakten belegt** werden. In den heute am dichtesten von Wölfen besiedelten Bundesländern ist über die vergangenen 25 Jahre keine entsprechende Entwicklung ersichtlich.

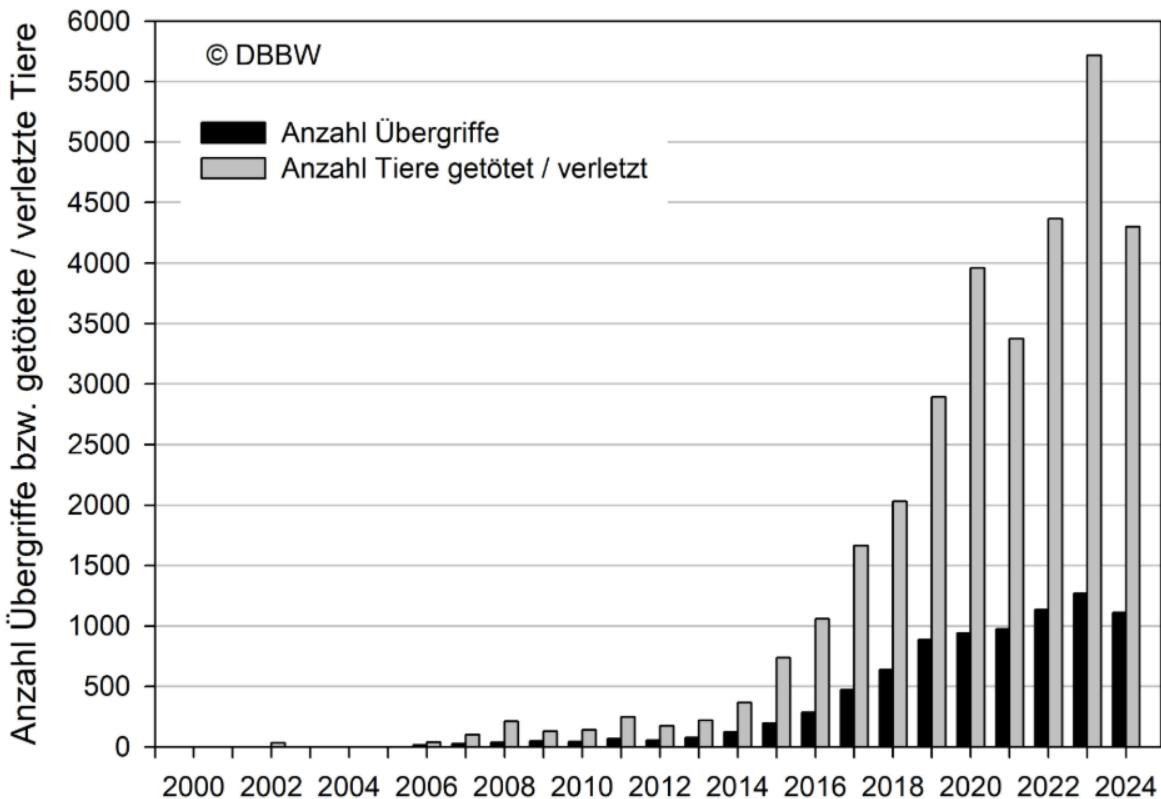
+++

**Zitat:** „So wurden im Jahr 2024 bei rund 1100 Übergriffen rund 4300 Nutztiere durch Wölfe gerissen oder verletzt.“

**Diese Aussage ist unsachlich und irreführend, Begründung:**

Es gibt Konflikte in Bezug auf die **Weidetierhaltung** – aber die Anzahl dieser Konflikte ist nicht steigend, sondern rückläufig. Es ist nicht sachgerecht in der Begründung dafür lediglich die Anzahl von Übergriffen und gerissenen Tieren eines Jahres zu benennen, ohne die Zahlen in den Kontext zur Entwicklung zu setzen. Hinzu kommt, dass in den meisten Fällen der Wolfsübergriffe nicht einmal der empfohlene Mindestschutz für die Weidetiere gegeben war. Dennoch sank 2024 die Zahl der registrierten Nutztierrisse gem. DBBW um rund 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Zahl der Wolfsübergriffe ging um 13,25 Prozent zurück. Dabei waren 2024 im seinerzeit noch wolfsreichsten Bundesland Brandenburg **nur 12 Prozent der gerissenen Nutztiere entsprechend der empfohlenen, sehr guten Herdenschutzmaßnahmen geschützt**, im 2025 wolfreichsten Bundesland Niedersachsen war lediglich bei 14 Prozent der bestätigten Wolfsübergriffe ein Grundschutz vorhanden.

## Wolfsverursachte Nutztierschäden in Deutschland



Grundsätzlich gelten zur Vermeidung von Übergriffen nicht-letale Herdenschutzmaßnahmen als deutlich effektiver als letale Entnahmen.<sup>2</sup> Im Rahmen einer Studie<sup>3</sup> in der Slowakei wurde kein Zusammenhang zwischen der Bejagungsintensität und der Risshäufigkeit von Nutztieren festgestellt, was auch weitere Untersuchungen in Frankreich oder Schweden belegen.

### Stagnation in den wolfsreichsten Bundesländern

Gerade in den wolfsreichen Bundesländern stagniert die Zahl der Übergriffe auf Weidetiere schon seit Jahren oder geht zurück. und auch im Monitoring-Jahr 2024/2025 signifikant zurückgegangen ist:

#### Brandenburg ([Quelle LFU Brandenburg](#)) Monitoring-Jahr 2024/2025

„Nachdem die Anzahl der Übergriffe auf Nutztiere in den ersten Jahren seit der Rückkehr des Wolfes nach Brandenburg kontinuierlich zunahm, ist seit dem Jahr 2022 ein deutlicher Rückgang der Übergriffe auf Weidetiere zu erkennen. ... Die meisten

<sup>2</sup> Reinhardt, I., F. Knauer, M. Herdtfelder, G. Kluth & P. Kaczensky (2023): Wie lassen sich Nutztierübergriffe durch Wölfe nachhaltig minimieren? – Eine Literaturübersicht mit Empfehlungen für Deutschland. In: Voigt, C. (Hrsg.): Evidenzbasiertes Wildtiermanagement

<sup>3</sup> Kutil, M., M. Dul'a, A. R. Selivanova & J. V. López-Bao (2023): Testing a conservation compromise: No evidence that public wolf hunting in Slovakia reduced livestock losses.

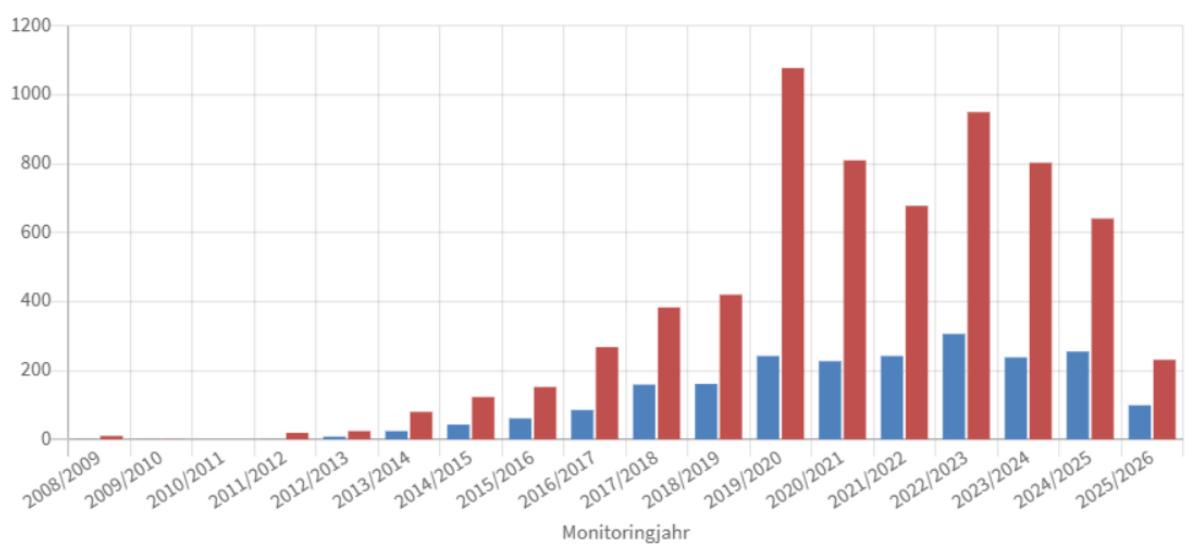
Nutztierisse erklären sich durch noch immer nicht flächendeckend umgesetzte Herdenschutzmaßnahmen, insbesondere auch in den Gebieten, in denen es schon lange Wölfe gibt. In 113 Fällen (63 Prozent) waren die Weidetiere nicht durch wolfsabweisende Herdenschutzmaßnahmen geschützt. In 43 Fällen (24 Prozent) wurden Tiere geschädigt, die mit einem relativ geringen Schutzniveau (sog. Mindeststandard als Voraussetzung für Schadensausgleichsregelungen) geschützt waren. **In 21 Fällen (12 Prozent) waren die gerissenen Nutztiere entsprechend der vom LfU empfohlenen sehr guten Herdenschutzmaßnahmen geschützt.“**

	2007 bis 2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Übergriffe	248	90	113	153	168	274	377	297	358	279	178
Schafe/Ziegen	676	193	326	262	303	657	944	973	1281	944	700
Gehegewild	104	26	19	73	55	82	48	32	81	45	33
Rinder	38	25	48	65	61	88	172	106	90	55	37
Pferde/Esel	1	0	1	1	1	1	1	0	4	0	0
Sonstige	5	3	2	0	0	4	8	4	9	3	0

## Niedersachsen (Quelle: Landesjägerschaft Niedersachsen, Wolfsmonitoring)

### ENTWICKLUNG DER NUTZTIERSCHÄDEN IN NIEDERSACHSEN

Im folgenden Diagramm wird die Entwicklung aller durch den Wolf verursachten Nutztierschäden in Niedersachsen dargestellt. Dabei werden die Anzahl an Übergriffen und die Anzahl an getöteten, bzw. später eingeschlaferten Tieren nach Monitoringjahren angezeigt.



Diese Zahlen umfassen alle durch Wölfe vermuteten Übergriffe. In 69 Prozent der Übergriffe konnte ein Wolf eindeutig identifiziert werden. Die Zahl von Wolfsübergriffen ist seit 2020 stagnierend bzw. rückläufig, die der betroffenen Nutztiere ist zuletzt seit 2023 rückläufig. Lediglich bei 14 Prozent der bestätigten Wolfsübergriffe war ein Grundschatz vorhanden.

+++

**Zitat:** „Gleichzeitig beliefen sich im Jahr 2024 die Ausgaben für Herdenschutzmaßnahmen in Deutschland auf rund 23,4 Millionen Euro, zuzüglich weiteren rund 780 000 Euro für Ausgleichzahlungen für Nutztierübergriffe.“

**Diese Feststellung mag korrekt sein, ist aber irreführend, weil sie für den Laien enorm hohe Kosten suggeriert, Begründung:**

Allein die Kosten der Bundesregierung für die jährliche Subvention fossil betriebener Dienstwagen beträgt 13,7 Milliarden Euro, so eine von Transport & Environment (T&E) 2024 veröffentlichte Studie.<sup>4</sup> Für Herdenschutzmaßnahmen werden gerade einmal 0,18 Prozent dieser Subventionen veranschlagt. Im Vergleich zu den allein durch die Bundesregierung gezahlten Agrarsubventionen (ohne EU-Zahlungen) i.H. von 2,4 Mrd. Euro fällt gerade mal ein Prozent für den Herdenschutz an.<sup>5</sup> Heruntergebrochen auf das Jahr fließen außerdem jährlich Agrarsubventionen von etwa 6,2 Milliarden Euro aus Brüssel nach Deutschland.

+++

**Zitat:** „Die Wolfsübergriffe führen zu erheblichen und potenziell existenzbedrohenden Belastungen für die Weidetierhalter.“

**Diese Aussage steht im Gegensatz zu der Tatsache, dass zum einen nur extrem wenige Weidetierhalter für einen empfohlenen Herdenschutz sorgen, und zum anderen die Bundesregierung solche Ausnahmesituationen finanziell auffangen könnte, wenn nicht die allein 2024 zur Verfügung gestellten 780.000 Euro entsprechende finanzielle Ausfälle auffangen sollten.**

Herdenschutzmaßnahmen sind insbesondere für nicht gewerbliche oder kleine gewerbliche Weidetierhalter mit hohem persönlichem und finanziellem Aufwand verbunden. In den beiden Bundesländern mit den meisten Wolfsterritorien, Brandenburg und Niedersachsen, entsprachen 2024 nur 12 bzw. 14 Prozent der Herdenschutzmaßnahmen bei Wolfsübergriffen den Empfehlungen der Behörden. Der

---

<sup>4</sup> Pressemitteilung 21.10.2024, [Transport & Environment](#)

<sup>5</sup> [29. Subventionsbericht der Bundesregierung](#)

Großteil der Weiden ist nach wie vor ungeschützt oder unzureichend vor Übergriffen geschützt.

Der Bundesregierung sollte es unter finanziellen Aspekten und angesichts erheblicher Fehlsubventionen in anderen Bereichen (s.o.) ein Leichtes sein, die Akzeptanz des Wolfes unter Weidetierhaltern signifikant zu erhöhen. Derzeit erschweren bürokratische Hürden und Teilsubventionen der für den Herdenschutz erforderlichen Maßnahmen einen wirksameren Schutz von Weidetieren.

88 Prozent der gerissenen Weidetiere 2024 waren Schafe (3.788), meist ungeschützt. In Relation zu den 1,5 Mio. in Deutschland gehaltenen Schafe sind das gerade einmal 0,25 Prozent. Die in Rede gestellten „erheblichen und potenziell existenzbedrohenden Belastungen für Weidetierhalter“ relativieren sich insofern und könnten mit einem relativ kleinen Budget über einen entsprechenden Existenzsicherungsfond des Bundes und der Länder aufgefangen werden.

+++

**Zitat:** „Diese [Belastungen für Weidetierhalter] sind nicht allein wirtschaftlicher Natur. So können insbesondere Rissereignisse mit zum Teil noch lebenden, schwerstverletzten Tieren und die Beseitigung der Kadaver psychisch sehr belastend sein.“

Es ist nicht abwegig, dass entsprechende Rissereignisse psychisch sehr belastend sein können, zumal viele Privat- und Kleinhaltungen betroffen sein dürften. Wie oben dargestellt, könnten über unbürokratische und großzügige Subventionen in Herdenschutzmaßnahmen auch psychischen Belastungen betroffener Tierhalter signifikant entgegengewirkt werden.

+++

**Zitat:** „Im Ergebnis geben immer mehr Weidetierhalter die Weidetierzahaltung auf, ...“

**Diese Aussage suggeriert, dass allein aufgrund des sich festigenden Erhaltungszustands der Wölfe die Schafhaltung in Deutschland signifikant gefährdet sei. Das ist nicht der Fall.**

Die Schafhaltung in Deutschland unterliegt seit der Wiedervereinigung einem erheblichen Strukturwandel. Gab es 1990 noch 3,43 Mio. Schafe im vereinigten Deutschland, waren es durch den massiven Abbau in den neuen Bundesländern nur zwei Jahre später nur noch 2,44 Mio. Tiere. Allein im Osten Deutschlands ist der Schafbestand von 2,5 Mio. Tieren 1989 auf 0,6 Mio. im Jahr 1993 gesunken. Grund für diesen signifikanten Rückgang war der Wegfall von Subventionen für Schafhalter in Ostdeutschland und der Verfall der Wollpreise am Weltmarkt.

Bis zum Jahr 2000 hat sich der Bestand der Schafe auf 2,15 Mio. Tiere stabilisiert. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft reduzierte den Schafbestand bis 2010 um weitere 300.000 Tiere auf 1,85 Mio. Der historische Tiefpunkt wurde 2020 mit 1,48 Mio. Schafen erreicht und stabilisiert sich seitdem auf diesem Niveau. Im Mai 2024 gab es 1,49 Mio. Schafe in Deutschland.<sup>6</sup>

Die zur Wiedervereinigung etwa 40.000 Betriebe (inkl. Kleinsthaltungen) haben sich bis heute etwa halbiert. Die Schafhaltung ist heute stark durch Hobby- und Nebenerwerbshalter geprägt. Nur etwa 10 % der Betriebe werden im Haupterwerb geführt, diese halten jedoch fast 50 % des Gesamtschafbestandes.

In sozioökonomischen Analysen zur Schafhaltung (z. B. Projekt „*Zukunft der Schafhaltung*“ des Thünen-Instituts, Stand 2024/25) wird deutlich, dass die Rentabilität der Schafhaltung bereits durch niedrige Wollpreise und hohe Pachten am Limit ist. Dazu kommen steigende Kosten für Pacht, Energie und Futtermittel bei oft schwankenden Erzeugerpreisen, neue Anforderungen an Stallbauten, Düngung und Dokumentation, die besonders kleinere Betriebe finanziell überfordern. Ein Kernproblem ist die fehlende Nachfolge älterer Betriebsleiter. Hier und bei der Wanderschäferei spielen in Regionen wie Niedersachsen und Brandenburg neben den oben genannten Gründen auch der erhebliche Mehraufwand und die Kosten für den Herdenschutz eine Rolle.

**Schafhaltern zu suggerieren, die Ursachen des Rückgangs der Schäfereien in Deutschland ließen sich die Bejagung von Wölfen auch nur reduzieren, verkennt die Tatsache, dass der hohe finanzielle und zeitliche Aufwand für den Herdenschutz dadurch nicht sinkt, da Schutzmaßnahmen wie Zäunung und Behirtung auch bei einer geringeren Wolfsdichte unverzichtbar bleiben.**

+++

---

<sup>6</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis), Fachserie 3 Reihe 4.1.1; Thünen-Institut (Steckbriefe zur Tierhaltung); BMEL-Statistik.